

**Stadt Königs Wusterhausen
Stadtverordnetenversammlung**

NIEDERSCHRIFT - öffentliche Sitzung -

am: 19. Mai 2014
Ort: Saal im Haus der Stadtverwaltung, Schlossstraße 3, Haus A, 15711 Königs Wusterhausen
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:48 Uhr
Anwesenheit: laut beiliegendem Anwesenheitsnachweis
Vorsitz: Heinz-Georg Hanke

Tagesordnung: - öffentliche Sitzung -

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung, Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussvorlagen:
- 4.1 Übernahme der öffentlichen Einrichtung Kita Knirpsenstadt durch die Stadt Königs Wusterhausen, Vorlage: 40-14-065
- 5 Sonstiges

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, **Herr Hanke**, eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden.

Zu TOP 2: Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Stadtverordneten bekamen die schriftliche Einladung und die Beratungsunterlagen am 09.05.2014 zugestellt. Im KaWe-Kurier Nr. 20 vom 14.05.2014 wurden Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung öffentlich bekannt gemacht.

Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2014 wird somit festgestellt. Frau Gerth fehlt ohne Angaben von Gründen, Herr Bethke, Herr Thalheim, Herr Dr. von Rottkay, Frau Voigt fehlen entschuldigt. Frau Müller ist zu Beginn der Sitzung nicht anwesend. Von den 32 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 26 anwesend, die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zu TOP 3: Änderungsanträge zur Tagesordnung, Feststellung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungsanträge zur Tagesordnung, diese ist bestätigt.

Zu TOP 4: Beschlussvorlagen:

Zu TOP 4.1: Übernahme der öffentlichen Einrichtung Kita Knirpsenstadt durch die Stadt Königs Wusterhausen, Vorlage: 40-14-065

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- gibt vorab bekannt, dass er in der detaillierten Einführung zur Beschlussvorlage um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit der Sitzung bitten wird,
- begründet dies mit schützenswerten einzelnen Personendaten (bspw. dem ehemaligen Geschäftsführer des Humanistischen Regionalverbandes),
- sagt, dass auch dem anwesenden Rechtsanwalt der Stadt Königs Wusterhausen, Herrn Geßner, sowie dem Vorstandsvorsitzenden des HRO, Herrn Driese, Gelegenheit zur Stellungnahme/Aufklärung gegeben werden soll,
- erbittet in diesem Zuge Rederecht für die beiden Herren,
- schlägt vor, im Anschluss in öffentlicher Sitzung über die Beschlussvorlage und den Antrag der Fraktion DIE LINKE zum TOP zu beraten und abzustimmen.

Die Stadtverordneten stimmen der Erteilung des Rederechts für die Herren Driese und Geßner mehrheitlich zu.

Herr Tomczak

- drückt sein Unverständnis gegen den geplanten Beratungsverlauf aus,
- meint, die Beschlussvorlage müsse heute so diskutiert werden, wie sie versandt wurde, sollten neue Erkenntnisse/Umstände eingetreten sein, müssten diese später beraten werden
- denkt, so würde nicht gegen die bestätigte Tagesordnung verstoßen.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- verweist darauf, dass das Verfahren rechtlich zulässig ist.

Herr Reimann

- hätte gern die Meinungen/Stellungnahmen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehört.

Herr Hanke

- gibt zu bedenken, dass Herr Driese als Arbeitgebervertreter angehört wird.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- weist auf die Geschäftsordnung, insbesondere die Erteilung eines eventuellen Rederechts, der SVV hin,
- sagt, dass seines Wissens nach alle Kolleginnen und Kollegen umfassend informiert sind,
- bestätigt auf Nachfrage von **Frau Welski**, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Verweisung in die Fachausschüsse selbstverständlich Teil der heutigen Beratung ist

Herr Hanke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:19 Uhr.

Fortsetzung des öffentlichen Teils der Sitzung um 18:15 Uhr.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- fasst zusammen, dass die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung dargelegten Positionen der beiden Parteien erheblich differieren,
- bekräftigt, dass es sich bei der geplanten Kündigung nicht um eine politische Entscheidung handelt,
- sagt, vielmehr müsse auf eine Gleichbehandlung aller Träger geachtet werden.

Herr Hanke

- bittet Frau Welski, zum Antrag der Fraktion einzuführen.

Frau Welski

- gibt an, dass die eben gemachten Ausführungen die Absicht zur detaillierteren Beratung verstärkt hätten,
- sieht keine Dringlichkeit zur heutigen Beschlussfassung,
- gibt zu bedenken, dass die Entscheidung große Auswirkungen auf den Trägerverein, die Eltern und Kinder hat,
- bittet zu beachten, dass eine Kündigung auch die Existenz des Trägervereins gefährden könnte.

Herr Möbus

- möchte wissen, welche Folgen bei einer Rückverweisung in die Ausschüsse eintreten könnten.

Herr Rechtsanwalt Geßner als Bevollmächtigter der Stadt Königs Wusterhausen

- legt dar, dass seiner Rechtsauffassung nach in diesem Fall keine außerordentliche Kündigung ausgesprochen werden kann,
- sagt, dass außerdem die Fristwahrung zum Ausspruch der ordentlichen Kündigung gefährdet sei.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- bekräftigt, dass die Verwaltung korrekt und konsequent gehandelt hat,
- schätzt ein, dass eine Kündigung auch ohne Votum der SVV möglich ist, möchte Verwaltungshandeln aber nicht um jeden Preis erzwungen wissen.

Herr Tomczak

- drückt seine Hoffnung zu einer einvernehmlichen Lösungsfindung aus,
- meint, die ordentliche Kündigung könnte trotzdem aufrechterhalten und jederzeit widerrufen werden.

Frau Schust-Kießling

- vermisst eine Stellungnahme der Verwaltung auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE,
- möchte wissen, ob eine eventuell ausgesprochene Kündigung bei einer Klärung zurückgezogen werden kann.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- macht deutlich, dass der Antrag auf Rückverweisung in die Fachausschüsse die gesamte Beschlussvorlage betrifft, nicht einzelne Punkte.

Herr Scheetz

- erklärt für die SPD-Fraktion Zustimmung zum Antrag, hofft auf transparente Aufklärung.

Herr Schneider

- erinnert daran, dass der Stadt Königs Wusterhausen ein erheblicher finanzieller Schaden entstand,
- beantragt im Namen der CDU-Fraktion die namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Reimann

- bedenkt, dass der Schaden erst im Entstehen sei, schließt eine Teilverantwortlichkeit der Stadt Königs Wusterhausen nicht aus.

Frau Gabriel

- sagt, dass die Verwendung öffentlicher Gelder konsequenter kontrolliert werden muss,
- möchte, dass in der eventuellen Beratung in den Fachausschüssen auf verstärkte Kontrollmaßnahmen und die öffentliche Darstellung des finanziellen Schadens geachtet wird.

Herr Driese

- stellt dar, dass das pädagogische Personal in dieser Einrichtung hervorragend arbeitet und die Verwaltungsmittel ordnungsgemäß verwendet wurden.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- sagt auf Nachfrage von **Herrn Möbus**, dass die Fortführung der Kinderbetreuung zu keiner Zeit, auch nicht im Falle der ordentlichen Kündigung gefährdet ist.

Herr Hanke

- ruft zur namentlichen Abstimmung auf:

Herr Dittrich	Enthaltung	Herr Dreher		Herr Förster	
Herr Dr. Franzke	Nein	Frau Gabriel		Herr Hanke	
Frau Hellmann		Herr Jauert		Frau Lausch	
Herr Meinert		Herr Möbus		Frau Müller	
Frau Polak		Herr Puchert		Herr Reimann	
Herr Scheetz		Herr Schneider		Frau Schust-Kießling	
Herr Schütze		Herr Tomczak		Frau Uhlworm	
Frau Welski		Herr Wenzel		Herr Wischmann	
Herr Dr. Wunderlich		Herr Wilde			

Ja-Stimmen 14, Nein-Stimmen 3, Stimmenthaltung 9

Die Beschlussvorlage 40-14-065 wird zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Zu TOP 5: Sonstiges

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- berichtet, dass die geförderte Arbeit auf dem Funckerberg ausläuft, eine Verlängerung der Maßnahme wurde beantragt,
- sagt zum Projekt Errichtung eines Einkaufsmarktes in der Wiesenstraße, dass Baurecht geschaffen wurde, die Veräußerung des Gesamtprojektes an Dritte erfolgte,
- empfindet die entstandene Sachlage als nicht positiv.

Herr Perlick

- sagt zum Stand des Wohnungsbaus in Königs Wusterhausen, dass am Standort Kirchsteig/Hafenstraße 33 Wohneinheiten übergeben wurden,
- berichtet vom Voranschreiten des Projekts Wohnungsbau am Kirchsteig (Parkplatz), dass hier 26 Wohneinheiten entstehen werden,
- freut sich über den Rohentwurf zur Entstehung von 120 geplanten Wohneinheiten am Potsdamer Ring.

Frau Schust-Kießling

- sagt, dass ihr mehrere Anfragen von Familien zum Problem der gefahrlosen Überquerung der Straße am Ortseingang Deutsch Wusterhausen vorliegen,
- möchte wissen, ob hier Überquerungshilfen geplant seien, sollte das nicht der Fall sein, möchte sie diese Anregung an den Bürgermeister Herr Dr. Franzke weitergeben.

Herr Hanke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:48 Uhr, für die Weiterführung der Sitzung im nichtöffentlichen Teil besteht kein Bedarf.

Königs Wusterhausen, 21. Mai 2014

Heinz-Georg Hanke
Vorsitzender der Stadtver-
ordnetenversammlung

Ramona Riedel
Niederschrift

**Stadt Königs Wusterhausen
Stadtvorordnetenversammlung**

NIEDERSCHRIFT - nicht öffentliche Sitzung -

am: 19. Mai 2014
Ort: Saal im Haus der Stadtverwaltung, Schlossstraße 3, Haus A, 15711 Königs Wusterhausen
Beginn: 17:19 Uhr
Ende: 18:15Uhr
Anwesenheit: laut beiliegendem Anwesenheitsnachweis
Vorsitz: Heinz-Georg Hanke

Zu TOP 4.1: Übernahme der öffentlichen Einrichtung Kita Knipsenstadt durch die Stadt Königs Wusterhausen, Vorlage: 40-14-065

Herr Emmulat

- erläutert die Gründe, die die Stadt Königs Wusterhausen zur geplanten Übernahme veranlassen, gemäß der Beschlussvorlage,
- hauptsächlich liegen diese in Vertragsverletzungen des HRO gegenüber der Stadt Königs Wusterhausen,
- präzisiert u. a. die Nichtvorlage der vereinbarten Elternbeiträge und die fehlenden Einnahmen-/Ausgaberechnungen zum Ablauf eines jeden Haushaltsjahres,
- spricht von einem Vertrauensverlust und einer großen Belastung der Zusammenarbeit, außerdem vom Verstoß gegen das KitaGBbg,
- gibt als zusätzlichen Sachverhalt, der zwar nicht zur Kündigung geführt hat, aber das Verhältnis zum Träger charakterisiert, an, dass der Landkreis Dahme-Spreewald Rückforderungen in Höhe von ca. 84.000 € durch fehlende/falsche Abrechnungen an den HRO gestellt hat, diese wurden durch die Stadt Königs Wusterhausen beglichen,
- sagt, dem Bescheid der Stadt Königs Wusterhausen auf Erstattung der Auslage wurde vom HRO trotz vorliegenden Einvernehmens widersprochen,
- verweist auf die vorliegende, unzureichende und unschlüssige Aufstellung der Elterngebühren der Kita „Knipsenstadt“ im Vergleich zu anderen Kitas der Stadt Königs Wusterhausen,
- gibt an, dass die Stadt Königs Wusterhausen den HRO mehrfach zur Abgabe der geforderten Nachweise aufforderte,
- verweist als Konsequenzen für die Nichtreaktion des Vereins auf zwei ausgesprochene Abmahnungen und eine Kündigungsandrohung, die alle ohne Reaktion blieben,
- erklärt die in der Beschlussvorlage fristlose und hilfsweise fristgemäße Kündigung des Vertrages als rechtmäßige Konsequenz, zumal sich die Gesamtkündigung der Stadt Königs Wusterhausen an den HRO letztendlich auf ca. 196.000 € beläuft.

Frau Müller erschien um 17:30 Uhr zur Sitzung, Herr Marquardt verließ diese um 17:45 Uhr.

Herr Hanke

- bittet Herrn David Driese, den Vorsitzenden des Humanistischen Regionalverband Ost-Brandenburg e. V., um seine Stellungnahme.

Niederschrift Stadtvorordnetenversammlung nicht öffentliche Sitzung am 19.05.2014

-2-

Herr Driese

- führt vorab aus, dass ihm nicht alle Tatsachen, die hier angeführt wurden, bekannt waren,
- bestätigt, dass der bisherige Geschäftsführer, Herr Günter David, seit dem 14.05.2014 nicht mehr im Amt ist,
- begründet das u. a. mit dem Vertrauensverlust, der durch dessen Verhalten entstand,
- nimmt Stellung zur von Königs Wusterhausen geforderten Erstattung der beantragten/erhaltenen Mittel für die Erziehungshilfe durch den HRO:
- schließt Fehler bei der Beantragung/Abrechnung nicht aus; u. a. fehlten Nachweise an das Landesjugendamt ebenso wurde es versäumt, Erlaubnisse einzuholen,
- bedauert, dass die Stadt Königs Wusterhausen die Rückforderungen an den Landkreis Dahme-Spreewald bereits beglichen hat, da der HRO bei Erhalt des Bescheids auf Anraten eines Rechtsanwaltes Widerspruch einlegte,
- meint, dass das Jugendamt durch das Versäumnis darauf hinzuweisen, welche Unterlagen im Verfahren eingebracht werden müssen, eine gewisse Mitschuld trägt, hofft mit baldigem Erhalt eines Widerspruchsbeseids auf eine positive Lösung,
- erhofft sich auch Klärung mit der von der Stadt Königs Wusterhausen eingeräumten Aktenansicht durch den Finanzberater des HRO,
- gibt an, die Rückforderung der Stadt Königs Wusterhausen an den HRO in Höhe von 16 % nicht zu verstehen, hier bedarf es einer Erklärung, weiß, dass diese detailliert (nicht heute) erfolgen muss,
- kann auch die Rückforderung wegen differierender Elterneinnahmen durch die Stadt Königs Wusterhausen nicht nachvollziehen,
- meint, die Zuständigkeit der Stadt Königs Wusterhausen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses unterliege dem § 16 Abs. 3 BdbkitaG und betrifft damit nur die Abrechnung der Betriebskosten,
- fasst diesen so auf, dass sich die einzureichenden Originalbelege also nur auf die Betriebskosten beziehen,
- bestätigt, dass der HRO die Einnahmen der Elternbeiträge nie gänzlich an die Stadt gemeldet/nachgewiesen hat,
- begründet das mit seiner Rechtsauffassung, dass der Verband lediglich zum Nachweis der besagten 16 % verpflichtet ist, die Summe der Elternbeiträge lag höher als die gemeldeten, teilweise gerundeten Zahlen,
- bezieht sich bei den angegebenen Handlungen auf einzelne Paragraphen aus dem Nutzungsvertrag zwischen der Stadt Königs Wusterhausen und dem HRO, insbesondere zum Thema Betriebskostenzuschuss, zur Form und Erfordernis der Abrechnung der Betriebskosten,
- bedauert Fehler in der Zusammenarbeit, auch die Nichtabgabe von detaillierten Namenslisten, die die Elternbeiträge dokumentiert hätten,
- begründet das mit einer –seiner Meinung nach- eventuellen Verletzung von Persönlichkeitsrechten Einzelner in Bezug auf Datenschutz,
- will sich dazu mit der Datenschutzbeauftragten der Stadt Königs Wusterhausen/des Landes in Verbindung setzen,
- meint, die Nachweise müssten sowieso nur erbracht werden, wenn die Stadt Königs Wusterhausen den HRO erhöht bezuschusst, dies sei aber nicht der Fall,
- berichtet von der Auffassung des Rechtsanwaltes des HRO, rechtliche Schritte gegen die Kündigung erst nach deren Ausspruch einleiten zu können, begründet damit die Nichtreaktion auf vorangegangene Abmahnungen,
- weist gleichzeitig darauf hin, dass der Rechtsanwalt eine gewisse Einarbeitungszeit benötigt,
- betont, dass der HRO nach seiner Auffassung des Klagesatzes gehandelt hat und an einer Weiterführung des Vertrages mit der Stadt Königs Wusterhausen interessiert ist,
- bedauert, dass neben der außerordentlichen Kündigung auch vorsorglich ordentlich gekündigt wird, vermutet hier eine politische Entscheidung,
- kündigt an, gegen die außerordentliche Kündigung vorzugehen, zweifelt die Formwahrung bei den vorangegangenen Abmahnungen an.

- bedauert Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bereits durch Mitarbeiter der Stadt Königs Wusterhausen vorsorglich über die geplante Kündigung und deren Folgen informiert worden sein sollen,
- gibt als Meinungsbildung des Vorstandes des HRO an, eine gütliche Einigung mit der Stadt Königs Wusterhausen anzustreben,
- sagt, wenn das nicht möglich sein sollte, werden sie sich einer gerichtlichen Auseinandersetzung stellen,
- gibt die Meinung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kita wieder,
- gibt an, diese möchten nicht Angestellte der Stadt Königs Wusterhausen (wie im Kündigungsfall von der Stadt angeboten), sondern weiterhin bei einem freien Träger beschäftigt sein,
- sagt, dass es bereits eine Kündigung und mehrere Bitten auf die Ausstellung eines Arbeitszeugnisses gab, bedauert die Unruhe unter den Kollegen,
- weiß, dass es bei weiterer Zusammenarbeit sicherlich Diskussionen, eventuell auch rechtliche Auseinandersetzungen um die Rückforderungen der Stadt Königs Wusterhausen geben wird,
- hofft dennoch auf eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses,
- verspricht die Bereitschaft zur Aufstellung eines klaren Kostenplans ab 2015,
- bittet im Fall der Beschlussfassung durch die SVV darum, den Punkt 2 (ordentliche Kündigung) zu streichen.

Bürgermeister Herr Dr. Franzke

- schätzt die Für- und Widerrede als umfangreich ein,
- schätzt ein, dass rechtliche Auseinandersetzungen nicht zu umgehen sein werden,
- strebt dennoch eine gemeinsame Lösung an,
- weist aber darauf hin, dass er bei einem so erheblichen finanziellen Schaden für die Stadt Königs Wusterhausen verpflichtet ist konsequent zu handeln
- möchte umgehend in die öffentliche Beratung zurückkehren.

Herr Tomczak

- möchte von Herrn Ennullat wissen, wie die anderen Träger der Kitas mit dem Datenschutz bei den Elternbeiträgen umgehen,
- fragt Herrn Driese, ob der Dienstbetrieb in der Kita reibungslos läuft,
- merkt an, dass sich ihm die Nichtöffentlichkeit der Sitzung zu den vorangegangenen Redebeiträgen nicht erschließt.

Herr Driese

- gibt an, dass der Kitabetrieb seit 15 Jahren ohne Beschwerden und mit hohem Ansehen bei den Eltern abgesichert ist.

Herr Ennullat

- führt aus, dass die anderen Träger keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die detaillierte Auflistung der Elternbeiträge haben.

Herr Reimann

- beantragt die Rückkehr in die öffentliche Sitzung.

Herr Dreher

- beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung in den Fraktionen.

Herr Hanke unterbricht die Sitzung von 18:08 Uhr – 18:15 Uhr und schließt die nichtöffentliche Sitzung um 18:15 Uhr.

Königs Wusterhausen, 21. Mai 2014

Heinz-Georg Hanke
Vorsitzender der Stadtver-
ordnetenversammlung

Ramona Riedel
Niederschrift